



Paradox, aber wahr: Weil der Kanton sparen will, verlockt er in Allschwil Millionen. Denn er muss dort eine Strasse zweimal aufreissen.

KENNETH NARS

# Millionen zum Überbrücken

## Baslerstrasse Der Umbau in Allschwil erfolgt frühestens 2021 - eine teure Sparmassnahme

VON JULIA GOHL

Morgen diskutiert der Landrat neben dem Budget auch über das Investitionsprogramm 2016 bis 2025. Bei dessen Anblick dürfte mancher gestaunt haben: Für die Umgestaltung der Baslerstrasse in Allschwil ist kein Rappen eingestellt - für den Ersatz der komplett veralteten Schienen entlang der sanierungsbedürftigen Strasse allerdings 6 Millionen. Millionen, die verloren sind, sobald die Strassensanierung beginnt. Denn dann werden die Schienen wieder entfernt (bz berichtete).

Immerhin: Der erste Eindruck täuscht, wie sich auf Nachfrage bei der Bau- und Umweltschutzdirektion herausstellt. Obwohl die Regierung die Erneuerung der Baslerstrasse im Investitionsprogramm nicht eingeplant hat, möchte sie 2021 mit dem Umbau beginnen, wie Kommunikationsleiter Dieter Leutwyler verrät.

In Allschwil hält sich die Begeisterung trotzdem in Grenzen. «Ich würde das Vorhaben so schnell wie möglich angehen», sagt Gemeinderat Robert

Vogt. «Mich erstaunt, dass man nochmals 6 Millionen in Notsanierungen der Tramschienen investieren will, bevor man mit der Erneuerung der Baslerstrasse anfängt. Das macht betriebswirtschaftlich keinen Sinn.»

### 12 Millionen für Notmassnahmen

Aufgrund der schlechten Finanzlage hat der Regierungsrat beschlossen, das jährliche Investitionsvolumen zu begrenzen. Deshalb zögert er die Sanierung der Baslerstrasse hinaus: Bis zum letztjährigen Investitionsprogramm ging man noch von einem Spatenstich 2015 aus, später sprach man von 2019, mittlerweile also von 2021. In der Zwischenzeit muss der Kanton aus Sicherheitsgründen allerdings immer wieder Teile der überalterten Tramschienen notsanieren. Das hat er sich gemäss den Basler Verkehrsbetrieben (BVB) seit 2005 schon 6 Millionen kosten lassen. Anfang Jahr soll

**«Mich erstaunt, dass man nochmals 6 Millionen in Notsanierungen der Tramschienen investieren will.»**

Robert Vogt Gemeinderat Allschwil

der Landrat weitere 6 Millionen für Sofortmassnahmen an die lädierten Schienen der Tramlinie 6 sprechen.

Sagt das Parlament Ja, investiert es 6 Millionen Franken in Schienen, die später wieder entfernt werden. «Verlustinvestitionen» nennt sich das beim Kanton. Sagt das Parlament Nein, müssen die BVB das Tram aus Sicherheitsgründen ab Morgartenring bis Allschwil Dorf durch Busse ersetzen. Auch dies wäre teuer: 2,5 Millionen kostet der Bus-Ersatz im Jahr.

Weitere Verlustinvestitionen will der Regierungsrat aber verhindern. Deshalb wünscht er sich den Baubeginn per 2021. Denn

erneuert werden bei den Notsanierungen jeweils nur die Schienen, nicht aber der Untergrund. Deshalb sind die Gleise maximal zehn Jahre lang befahrbar. «Würde sich die Erneuerung der Baslerstrasse also bis 2025 oder später verzögern, wür-

den wohl weitere Kosten für Sofortmassnahmen anfallen», erklärt Leutwyler.

### Zeit bis 2024

So lange Zeit lassen sollte sich der Kanton aber auch aus einem anderen Grund nicht: Denn ein grosser Teil der Sanierung der Baslerstrasse hängt mit dem Behindertengleichstellungsgesetz zusammen. Dieses verlangt die Anpassung diverser Tramhaltestellen in Allschwil und müsste bis 2024 umgesetzt sein.

Den Realisierungskredit für die Erneuerung der Baslerstrasse möchte die Regierung dem Parlament schon möglichst bald beantragen. Sollten sich nämlich andere Verschiebungen im Investitionsprogramm ergeben, etwa langwierige Einsparungen bei der Verlegung der Rheinstrasse im Gebiet Salina Raurica, könnte die Baslerstrasse vorgezogen werden. «Dann könnten die Kosten für weitere dringende Geleisesanierungen und Reparaturen am Strassenbelag vermieden oder zumindest reduziert werden», so Leutwyler.

### Staatspersonal

## Lohnsenkung wird Fall für die Gerichte

Die vom Landrat beschlossene einprozentige Lohnsenkung für das Baselder Staatspersonal per 2016, mit welcher der Kanton sechs Millionen Franken sparen will, dürfte von Gerichten überprüft werden. Die Personalverbände raten ihren Mitgliedern zu Beschwerden und treten mit Musterklagen und einer «Reihe von Beschwerde-willigen» den Gang durch die Instanzen an. Notfalls gehe man bis vor Bundesgericht, heisst es in einer Mitteilung. Die Regierung betrachtet die Kürzung formal nicht als Arbeitsvertragsänderung, bei der die Kündigungsfrist eingehalten werden müsste. Die Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP) sieht das anders.

Erste Instanz ist die Kantonsregierung respektive der Gemeinderat; bei Ablehnung der Beschwerde kann diese ans Kantonsgericht weitergezogen werden. Konkret kritisiert die ABP zwei Punkte: zum Einen das Vorgehen ohne Kündigungsfrist und Änderungskündigung und zum Anderen eine Ungleichheit bei Kündigungen. Wer von sich aus vor Jahresende kündigt, soll bis Ende März den bisherigen vollen Lohn bekommen, während Ungekündigte dann schon ein Prozent weniger haben. Die Kürzung ist Teil des Sparpakets, mit dem die Regierung im Staatshaushalt bis 2019 188 Millionen Franken einsparen will. (SDA/BZ)

### Sparmassnahme

## Zahnputzfeen wehren sich gegen Entlassung

Kurz vor der heutigen Debatte über das Kantonsbudget 2016 im Landrat warnen die Baselder Zahnputzfeen vor der geplanten Streichung der Instruktionen an den Schulen ab kommendem Jahr. Diese stellen eines der erfolgreichsten Beispiele der Gesundheitsförderung überhaupt dar, betonen sie. Sie untermauern die Notwendigkeit mit einer Befragung, die in den vergangenen Monaten an Baselder Kindergärten und Primarschulen durchgeführt wurde. Demnach sind 94 Prozent der Lehrer und 81 Prozent der Schulleitungen der Meinung, dass die Zahnputzinstruktionen wichtig seien. 6 Prozent der Lehrer und 17 Prozent der Schulleitungen sind aber der Ansicht, dass die Anleitung zum «richtigen» Zähneputzen auch durch eine reguläre Lehrperson erfolgen könne. Die Auswertung basiert auf 323 von Lehrern und Schulleitungen ausgefüllten Fragebogen.

EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger wird heute im Landrat fordern, den entsprechenden Betrag von 190 000 Franken für den kantonsärztlichen Dienst im Budget 2016 wieder einzustellen. Sowohl die Regierung als auch die vorberatende Finanzkommission lehnen dieses Ansinnen aber ab. Im Parlament sind insgesamt 28 solcher Budgetanträge eingereicht worden. (BZ)

### GASTKOMMENTAR

## Für Baselland ein finanzielles Desaster

In der gestrigen Ausgabe der bz unterstützt sich der junge CVP-Parteipräsident über das von der SVP angekündigte Referendum zu weiteren Finanzierungsbeiträgen der Baselder Steuerzahlenden an die Pensionskasse der Universität. «Wirtschaftsstandort erneut in Gefahr» titelt er. «Eine sofortige Kündigung der gemeinsamen Trägerschaft der Universität wäre eine Bankrotterklärung für unsere Region», entzweit er sich. Vermutlich vermag er sich nicht mehr zu erinnern, dass er exakt am 10. September 2015 um 14.36 Uhr genau dies gefordert hat und ein Handlungspostulat der SVP, das von der Regierung eine sofortige Kündigung der Uni-Verträge und eine Neuverhandlung vorsah, unterstützt hat. Gemeinsam mit allen Landräten aus der CVP, SVP und FDP (mit zwei Ausnahmen) haben dies 44 Landräte gleich gesehen und dem Regierungsrat ebendiesen Auftrag erteilt.

Was trübt den Blick des jungen CVP-Präsidenten, dass er die gleiche Frage, die übrigens den Landrat schon seit 10 Jahren immer wieder beschäftigt hat, 2 Monate später anders sieht? Niemand hat je eine ersatzlose Kündigung des Uni-Vertrages verlangt. Wenn Baselland mit 21% aller Studierenden an der Uni 50%



Hanspeter Weibel  
Der Bottminger sitzt für die SVP im Landrat.

des Restdefizits übernimmt, dann stimmt hier schlicht und einfach etwas bei der Verhältnismässigkeit nicht. Auf jeden Fall dann nicht, wenn ein Kanton finanziell derart angeschlagen ist, dass im wahrsten Sinne des Wortes «jeder Rappen zählt». Und Regierungs- und Landrat dem Bürger Leistungen reduzieren und Belastungen finanzieller Art auferlegen wollen. Derweil das Geld nach Basel munter fliesst.

Wie glaubwürdig ist eine FDP, die zuerst diese Kündigung ebenfalls unterstützt, dann aber der Zusatzfinanzierung an

die PK der Uni, einem Betrag, der 1% des jährlichen Budgets der Uni ausmacht (!), zustimmt, in der gleichen Sitzung aber einen unkonkreten (dringlichen!) Vorstoss einreicht, der Regierungsrat müsse zum bereits aufgelegten Sparpaket von 100 Millionen aufzeigen, wie weitere 100 Millionen jährlich eingespart werden können?

Seit 2007, als die Baselder Bevölkerung die gemeinsame Trägerschaft gutgeheissen hat, mit welcher eine ganze Reihe von bisher nicht eingelösten Versprechungen verbunden war, konnte die Bevölkerung nichts mehr dazu sagen, sondern nur die jährlich wachsenden Defizite übernehmen. Alle sind sich einig, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung, dass die Uni mit dem Geld geklotzt und nicht gekleckert hat. Und alle sind sich einig, dass dies korrigiert werden muss. Wenn dann aber Taten

folgen sollen, dann begnügt sich unser Regierungsrat, mittels Geld von Basel-Stadt «Zeit zu kaufen». Zeit, nichts tun zu müssen und

**«Alle sind sich einig dass die Uni mit dem Geld geklotzt und nicht gekleckert hat.»**

jetzt keine schwierigen Verhandlungen mit Basel-Stadt führen zu müssen. Aber sie täuscht sich. Mit dem Referendum wird die Regierung gegenüber der Bevölkerung auskunftspflichtig. Sie muss aufzeigen, wie sie die Bedingungen inskünftig ausgestalten will, und sie muss dies verbindlich tun. Da hätte man gerade direkt in die Verhandlungen einsteigen können.

Aus Sicht von Basel-Stadt ist dies eine hervorragende Investition. Denn gleichzeitig ist damit die Verpflichtung verbunden, für weitere 6 Jahre an den Beiträgen von Baselland nicht nur nichts zu verändern, nein, diese mit den Vorlagen für Tropeninstitut, ETH und Uni-PK-Finanzierungsbeitrag sogar noch zu erweitern. Ein selten guter Deal: für die Uni und für Basel-Stadt. Aber ein finanzielles Desaster für Baselland.

INSERAT



bethesda  
SPITAL

Interdisziplinäre Fachkompetenz  
bei Brustkrankungen



Tel. 061 315 23 80 · www.bethesda-spital.ch